

Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Bürgerschaft

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 24.10.2019
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:50 Uhr
Raum, Ort:	Beratungsraum der Fraktionen 2. OG, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Sitzungsteilnehmer:

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Andrea Krönert	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
----------------	------------------------

reguläre Mitglieder

Andreas Engelmann	DIE LINKE.PARTEI
Anne Mucha	SPD
Robert Kröger	DIE LINKE.PARTEI
Rainer Bauer	CDU/UFR
Franziska Richert	CDU/UFR
Stephan Porst	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Arno Pöker	SPD
Reinhart Kühner	Rostocker Bund/ Freie Wähler
Marc Hannemann	AfD (fraktionslos)

Verwaltung

Maxi Boden	Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft
Holger Matthäus	Senator für Bau und Umwelt

beteiligte Ortsbeiräte

Horst Döring	Ortsbeirat Seebad Warnemünde, Seebad Diedrichshagen
--------------	--------------------------------------------------------

Gäste

Jan Bleis	RSAG
Malte Brockmann	Radentscheid Rostock
Sebastian Krollmann	IHK zu Rostock

Abwesende Mitglieder

reguläre Mitglieder

Julia Kristin Pittasch	FDP (fraktionslos)	entschuldigt
------------------------	--------------------	--------------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.10.2019
- 4 Anträge
 - 4.1 Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund/Freie Wähler)
Plastikfreie Hundetütenspender
Vorlage: 2019/AN/0375
 - 4.2 Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE.PARTEI und Anette Niemeyer (Aufbruch 09)
Rahmenbedingungen für den Radverkehr verbessern
Vorlage: 2019/AN/0279
 - 4.3 Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE.PARTEI, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD
Wohnungsbau für Student*innen, Auszubildende und zeitweilig in Rostock Arbeitende
Vorlage: 2019/AN/0338
 - 4.4 Daniel Peters (für die CDU/UFR-Fraktion)
ÖPNV für Auszubildende attraktiver machen
Vorlage: 2019/AN/0394
 - 4.4.1 Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund/Freie Wähler)
Änderungsantrag zu 2019/AN/0394

ÖPNV für Auszubildende attraktiver machen
Vorlage: 2019/AN/0394-01 (ÄÄ)
- 5 Beschlussvorlagen
 - 5.1 Leitfaden für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Vorlage: 2019/BV/4529
 - 5.1.1 Horst Döring für den Ortsbeirat Seebad Warnemünde/Seebad Diedrichshagen

Leitfaden für die mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Vorlage: 2019/BV/4529-01 (ÄÄ)

5.1.2 Horst Döring für den Ortsbeirat Seebad Warnemünde/Seebad Diedrichshagen

Leitfaden für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Vorlage: 2019/BV/4529-02 (ÄÄ)

6 Verschiedenes

6.1 Austausch zum Selbstverständnis des Ausschusses

6.2 Informationen der Ausschussmitglieder aus Beiräten, Arbeitsgruppen o. Ä.

6.3 Weitere Informationen

7 Schließen der Sitzung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Krönert eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Die Einladung ist rechtzeitig zugegangen und durch Aushang bekannt gemacht worden. Zu Beginn der Sitzung sind 10 von 11 Mitgliedern anwesend. Damit ist der Ausschuss beschlussfähig.

TOP 2 Änderung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird der Erweiterung der Nachtragstagesordnung bestätigt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.10.2019

Die Niederschrift der letzten Sitzung wird in der vorgelegten Fassung mit 9 Fürstimmen, keiner Gegenstimme und einer Enthaltung genehmigt.

TOP 4 Anträge

**TOP 4.1 Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund/Freie Wähler)
Plastikfreie Hundetütenspender
Vorlage: 2019/AN/0375**

Herr Kühner stellt den Antrag vor.

Herr Engelmann lehnt den Antrag ab und erfragt, inwieweit plastikfreie Hundekotbeutel überhaupt möglich sind. Herr Matthäus berichtet dazu aus der Stellungnahme der Verwaltung. Tests mit Hundekotbeutel aus sogenannter Bioplastik (bestehend aus Zuckerrohr) haben gezeigt, dass es im Kompostwerk zu keiner Zersetzung kommt. Eine Alternative stellen Hundekotschaufeln aus Papier dar. Diese sind müssen allerdings vor dem Gebrauch gefaltet werden und sind nicht kompatibel mit den bestehenden Entsorgungssystem der Stadt Ro-

stock. Zudem entstehen dadurch Mehrkosten von etwa 40 T€ jährlich.

Frau Richert merkt an, dass Hundekotbeutel nicht in allen Bereichen Rostocks überhaupt notwendig sind, z.B. in der Rostocker Heide. Oftmals werfen Hundebesitzer die Hundekotbeutel achtlos in den Wald.

Herr Porst begrüßt den Antrag grundsätzlich, hat aber ebenso Bedenken in Bezug auf Bioplastik.

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	1
Dagegen:	9
Enthaltungen:	0

Angenommen	
Abgelehnt	x

**TOP 4.2 Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE.PARTEI und Anette Niemeyer (Aufbruch 09)
Rahmenbedingungen für den Radverkehr verbessern
Vorlage: 2019/AN/0279**

Frau Krönert stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Rederecht für Herrn Brockmann. Das Rederecht wird einstimmig gewährt.

Frau Krönert stellt den Antrag vor. Dabei geht es vor allem um einen richtungsweisenden Beschluss der Bürgerschaft im Hinblick auf den Radverkehr. Die Forderungen des Radentscheids sollen bei der Erstellung eines Maßnahmenkatalogs weitgehend berücksichtigt werden.

Herr Brockmann erläutert die Wichtigkeit des Radverkehrs und wirbt für den Radentscheid.

Herr Matthäus sagt, dass die Stadt die Stärkung des Radverkehrs unterstützt und führt als Beispiel den Radschnellweg an. Für den Radentscheid sind etwa 7,5 Mio. € notwendig.

Herr Engelmann spricht sich für den Antrag aus. Die Forderungen des Radentscheids sind verbindlich (z.B. festgesetzte Zahl für Streckenkilometer jährlich). Stattdessen sollte ein jährliches Budget festgesetzt werden.

Herr Pöker gibt an, dass auch die SPD den Antrag unterstützt. Ein Paradigmenwechsel sei dringend notwendig.

Herr Porst fügt zur Diskussion hinzu, dass der Ausbau des Radwegenetzes relativ günstig im Vergleich zu anderen Verkehrsmitteln ist.

Auch Herr Kröger unterstützt den Antrag. Die Sicherheit von Radfahrern sollte gestärkt werden. Grundsätzlich muss hinterfragt werden, warum so viele Autos in der Stadt sind. Viele Menschen aus dem Umland pendeln beispielsweise mit dem Auto in die Stadt. Als langfristiges Ziel sollte der Autoverkehr in der Stadt reduziert werden.

Auch Herr Bauer äußert sich positiv bezüglich des Antrags. Er fügt hinzu, dass das Radwegenetz auch im Zusammenhang mit dem weiteren Verkehrsnetz (Straßenverkehr, ÖPNV) betrachtet werden muss. Diese Meinung teilt auch Herr Hannemann. Die Planung sollte nicht zulasten anderer Verkehrsträger gehen.

Herr Engelmann regt an, dass geprüft werden sollte, ob eventuell eine Förderung durch ein EU-Projekt möglich ist. Auch eine externe Beratung sollte in Betracht gezogen werden.

Abstimmung:

Dafür:	10
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

**TOP 4.3 Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE.PARTEI, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD
Wohnungsbau für Student*innen, Auszubildende und zeitweilig in Rostock Arbeitende
Vorlage: 2019/AN/0338**

Herr Engelmann stellt den Antrag vor.

Herr Bauer führt an, dass die WIRO nicht von einem Wohnungsmangel ausgeht. In einem Bericht der WIRO wurde geäußert, dass innerhalb von 48 Stunden eine Wohnung bereitgestellt werden kann. Diese liegt dann zwar nicht im gewünschten Stadtteil, die Studenten könnten aber den ÖPNV nutzen, um zu ihrer Fakultät zu kommen. Frau Mucha korrigiert diese Aussage. Nach Aussagen der WIRO besteht generell keine Wohnungsnot. Allerdings mangelt es an großen Wohnungen für Familien und Wohngemeinschaften. Die Anzahl kleiner Wohnungen sei ausreichend.

Nach der Meinung von Herrn Hannemann müsste der Antrag umformuliert werden.

Abstimmung:

Dafür:	7
Dagegen:	3
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

**TOP 4.4 Daniel Peters (für die CDU/UFR-Fraktion)
ÖPNV für Auszubildende attraktiver machen
Vorlage: 2019/AN/0394**

Frau Richert stellt den Antrag vor.

Herr Bleis erklärt, dass hinter dem Ausbildungsticket komplizierte Regularien stecken. Gemäß dem Personenbeförderungsgesetz gibt es u.a. für Auszubildende einen Rabatt von 25 Prozent auf den Ticketpreis. Diesen Differenzbetrag übernimmt der Staat. Sollte es zu weiteren Ermäßigungen für dieses Ticket kommen, entfällt dieser staatliche Zuschuss. Bei Auszubildenden kommt hinzu, dass sich der Wohnort, der auszubildende Betrieb und die Berufsschule oftmals an verschiedenen Orten befinden. Bei dem ermäßigten Tarif für Auszubildende der RSAG ist lediglich die Zone Rostock abgedeckt. Aus diesem Grund wäre ein entsprechendes Ticket Landessache. Das Semesterticket für Studierende im Vergleich kommt auf Grundlage eines Solidarbeschlusses zustande. Im Prinzip müssen alle Studierende ein Ticket erwerben. Beim Semesterticket werden auch Abwesenheitszeiten (Semesterferien) berücksichtigt.

Herr Pöker versteht, dass dies ein komplexes rechtliches Thema mit diversen Zuständigkeiten ist. Das Thema sollte vorerst mit der Wirtschaft diskutiert werden und daher von der CDU/UFR-Fraktion zurückgezogen werden.

Herr Kröger stimmt den Aussagen von Herrn Bleis zu. Der Antrag sei die falsche Herangehensweise, um ein entsprechendes ÖPNV-Ticket für Auszubildende auf den Weg zu bringen.

Herr Engelmann und Frau Richert befürworten den Änderungsantrag. Eine Lösung für ganz Mecklenburg-Vorpommern wäre wünschenswert.

Herr Porst weist darauf hin, dass für Betriebe die Möglichkeit des Jobtickets besteht. Das Problem besteht allerdings darin, dass es mindestens 20 Abnehmer in einem Unternehmen geben muss.

Herr Bleis sagt, dass das Jobticket seit 2018 auch von Auszubildenden genutzt werden kann. Die oft kritisierte Mindestabnahmezahl stellt deutschlandweit jedoch keine Seltenheit dar. In Dresden sind es beispielsweise 30 Abnehmer je Betrieb. Die Vergünstigen des Jobtickets sind auch auf den Mengenrabatt und dem damit verbundenen reduzierten Betriebsaufwand zurückzuführen. Erst kürzlich wurde ein Kompromiss für kleine Unternehmen gefunden. Bei 5 Abnehmern je Unternehmen gibt es 5 Prozent Nachlass von der RSAG und 15 Prozent vom Arbeitgeber auf den Ticketpreis (unter Vorbehalt der Zustimmung des Landes M-V). Der Bund hat zudem die steuerlichen Vergünstigen für Unternehmen im Hinblick auf ein Jobticket verbessert.

Für Herrn Bauer ist es ungerecht, dass ein Auszubildender für das ÖPNV-Ticket zahlen muss, ein Hartz IV- Empfänger aber beispielsweise nicht. Auch sollte das Thema noch einmal intensiv in der IHK und HWK diskutiert werden. Hinzu kommt der Fakt, dass das Land Berufsschulstandorte schließt und damit zusätzliche Verkehrsströme erzeugt. Aus diesem Grund sollte auch das Land die Kosten für ein entsprechendes Azubi-Ticket übernehmen.

Herr Bauer stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	9
Dagegen:	1
Enthaltungen:	0

Angenommen	x
Abgelehnt	

TOP 4.4.1 Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund/Freie Wähler) Änderungsantrag zu 2019/AN/0394

ÖPNV für Auszubildende attraktiver machen Vorlage: 2019/AN/0394-01 (ÄÄ)

Der Änderungsantrag wird zusammen mit dem Hauptantrag vertagt.

TOP 5 Beschlussvorlagen

TOP 5.1 Leitfaden für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Vorlage: 2019/BV/4529

Frau Boden stellt die Beschlussvorlage mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

Herr Pöker erkundigt sich, wer über eine Beteiligung entscheidet. Frau Boden antwortet, dass die Verwaltung entscheidet, ob zu dem jeweiligen Vorhaben eine Beteiligung erfolgen soll. Wenn sich die Verwaltung dagegen ausspricht, kommt es zu einer Prüfung durch den Beirat für Beteiligung. Dieser besteht zu einem Drittel aus Bürgerschaftsmitgliedern und zu zwei Dritteln aus Personen der Zivilgesellschaft. Die Verwaltung kann an der Sitzung teilnehmen.

Herr Engelmann möchte gern wissen, ob Bürger oder Ortsbeiräte Projekte für die Vorhabensliste vorschlagen können. Frau Boden bestätigt dies.

Herr Pöker erfragt, ob eine Geschäftsordnung vorgesehen ist. Herr Döring sagt, dass der Inhalt des Änderungsantrags des Ortsbeirates Seebad Warnemünde/Seebad Diedrichshagen ist. Der Beirat soll sich von Beginn an eine Geschäftsordnung geben. Ein weiterer Änderungsantrag sieht vor, dass auch Vorhaben von kommunalen Unternehmen sowie von freiwilligen Vorhabensträgern auf die Vorhabensliste zur Bürgerbeteiligung gesetzt werden können. Frau Boden erklärt, dass der Inhalt des ersten Änderungsantrags bereits im Leitfaden formuliert ist und grundsätzlich in die Satzung aufgenommen werden kann. Bezüglich des zweiten Änderungsantrages muss eine juristische Prüfung erfolgen.

Herr Pöker hinterfragt den Umgang mit privaten Vorhaben. Herr Porst informiert, dass ein privates Baugenehmigungsverfahren kein Vorhaben für eine Bürgerbeteiligung sein kann.

Herr Engelmann empfiehlt die Schaffung einer Möglichkeit zur freiwilligen Beteiligung von Privaten. Als Vorbild dient hier der Gestaltungsbeirat.

Herr Kröger erkundigt sich, was hinter dem Begriff "Vorhaben" steht. Frau Boden erläutert, dass alle Projekte damit gemeint sind, nicht nur bauliche Vorhaben. Herr Pöker fügt hinzu, dass viele Bereiche bereits eine Gesetzesgrundlage haben und einem gesetzlichen Beteiligungsprozess enthalten. Wohlmöglich wird durch den Leitfaden für die mitgestaltende Bürgerbeteiligung eine Erwartungshaltung geschaffen. Frau Boden sagt, dass oftmals schon allein die Information über die Vorhaben die Bürger zufrieden stellt. Auch Herr Kröger findet, dass Beteiligung bereits mit der Information beginnt. Herr Porst ergänzt, dass sich die Bürger darüber hinaus zu einem Zeitpunkt mit besserem Gestaltungsspielraum einbringen können, was zu einer höheren Akzeptanz führt.

Herr Kühner ergänzt, dass nicht gegen die vom Gesetz vorgeschriebene Beteiligung verstoßen werden darf. Frau Krönert erklärt, dass sich der Leitfaden ausschließlich an die informelle Bürgerbeteiligung richtet. Die formale Beteiligung ist davon nicht betroffen und wird weiterhin gemäß den gesetzlichen Vorgaben umgesetzt. Ggf. kommt es zu einer Verkürzung des formalen Prozesses. Frau Boden stimmt den Aussagen zu. Weiterhin informiert sie, dass es nach zwei Jahren eine Evaluierung des Leitfadens geben soll.

Abstimmung:**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	9
Dagegen:	1
Enthaltungen:	0

Angenommen	x
Abgelehnt	

TOP 5.1.1 Horst Döring für den Ortsbeirat Seebad Warnemünde/Seebad Diedrichshagen

Leitfaden für die mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Vorlage: 2019/BV/4529-01 (ÄÄ)

Der Änderungsantrag wurde bereits hinreichend mit der Beschlussvorlage erörtert.

Abstimmung:**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	9
Dagegen:	1
Enthaltungen:	0

Angenommen	x
Abgelehnt	

TOP 5.1.2 Horst Döring für den Ortsbeirat Seebad Warnemünde/Seebad Diedrichshagen

Leitfaden für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Vorlage: 2019/BV/4529-02 (ÄÄ)

Der Änderungsantrag wurde bereits hinreichend mit der Beschlussvorlage erörtert.

Abstimmung:**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	4
Dagegen:	5
Enthaltungen:	1

Angenommen	
Abgelehnt	x

TOP 6 Verschiedenes**TOP 6.1 Austausch zum Selbstverständnis des Ausschusses**

Der Tagesordnungspunkt wird in der kommenden Sitzung des Ausschusses am 14.11.2019 behandelt.

TOP 6.2 Informationen der Ausschussmitglieder aus Beiräten, Arbeitsgruppen o. Ä.

Es werden keine Informationen vorgetragen.

TOP 6.3 Weitere Informationen

Frau Krönert informiert über folgende Termine:

- 07.11.2019, 16.30 Uhr, Bürgerschaftssaal: Informationsveranstaltung zum Bauplanungsrecht
- 27.01.2020: Gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft, Bau, Planung und Umwelt des Landkreises Rostock

TOP 7 Schließen der Sitzung

Frau Krönert schließt die Sitzung.

Frau Andrea Krönert

Frau Nadine Gentz